

J. Hasse / G. Rosenthal u. J. Twisselmann (Hrsg.)
Wunsiedel ist bunt – nicht braun!

J. Hasse / G. Rosenthal u. J. Twisselmann (Hrsg.)

Wunsiedel ist bunt – nicht braun!

Die Auseinandersetzungen um das Heiß-Grab
verändern die politische Kultur

bunt-
nicht braun Projektstelle gegen
Rechtsextremismus

bfdt: 
Bündnis für Demokratie
und Toleranz
gegen Extremismus und Gewalt

Bad Alexandersbad/Berlin 2013

© Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz –
gegen Extremismus und Gewalt in der Bundeszentrale für politische Bildung
Friedrichstraße 50
10117 Berlin
und
Bayerische Projektstelle gegen Rechtsextremismus
Evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum
Markgrafenstr. 34
95680 Bad Alexandersbad

Redaktion: Julia Hasse
Lektorat: Eik Welker, Münster

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz bzw. der Bayerischen Projektstelle gegen Rechtsextremismus dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Hinweis: Die Inhalte der im Text und Anhang zitierten Internet-Links unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbieter/-innen. Für eventuelle Schäden und Forderungen können Herausgeberin und Autor/-innen keine Haftung übernehmen.

Wir bedanken uns bei allen Institutionen und Personen für die Abdruckerlaubnis. Wir haben uns bemüht, alle Copyright-Inhaber/-innen ausfindig zu machen und um Abdruckgenehmigung zu bitten. Sollten wir eine Quelle nicht oder nicht vollständig angegeben haben, so bitten wir um Hinweise an die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Naumilkat, Düsseldorf
Titelfoto: Hannes Bessermann
Satzherstellung und Layout: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf
Druck: Medienhaus Plump, Rheinbreitbach
ISBN: 978-3-8389-7097-4

www.buendnis-toleranz.de
www.ebz-alexandersbad.de

Inhalt

Vorwort	9
HERIBERT PRANTL	
Einführung	14
JULIA HASSE, GREGOR ROSENTHAL UND JOACHIM TWISSELMANN	
Chronik der Ereignisse	18
I. Teil	
Rückblick: Die Ereignisse in Wunsiedel 1987–2011	21
Die Strategie »Hinschauen statt Wegschauen«	22
KARL-WILLI BECK	
»Wunsiedler Pressespiegel«: Streifzug durch den Blätterwald, den Äther und das Netz – ein Essay	33
JAN HEIERMANN	
Den Widerspruch fruchtbar machen – Bildungserfahrungen in der Evangelischen Jugendarbeit	49
ANDREA HEUßNER	
Ein Mythos im Sturzflug? Warum für Rudolf Heß Jahr für Jahr tausende Neonazis nach Wunsiedel kamen	60
ALEXANDER HOFFMANN UND MAIKE ZIMMERMANN	
Die rechtsextreme Szene in Hochfranken und der Heß-Aufmarsch	72
OLIVER JAUERNIG	
»Wir müssen gegen rechtsextremes Gedankengut einschreiten und dürfen nicht hoffen, dass sich das erledigt. Denn das erledigt sich nicht von selbst.«	81
MATTHIAS POPP IM GESPRÄCH	

Inhalt

Eine Kirchengemeinde setzt sich gegen Rechtsextremismus ein JÜRGEN SCHÖDEL	94
Das Grab von Rudolf Heß in Wunsiedel – Hintergründe, Beisetzung und Folgen PETER SEIßER	103
Der Weg nach Berlin: Die Entstehung des Verbots der Volksverhetzung nach Paragraf 130, Absatz 4 Strafgesetzbuch PETER SEIßER	114
Die Auflösung des Grabes von Rudolf Heß im Jahr 2011 PETER SEIßER	121
II. Teil Die bundesweite Perspektive: Was wir von und durch Wunsiedel gelernt haben	129
Der Wunsiedler Weg: Eine erfolgreiche Doppelstrategie MICHAEL KOHLSTRUCK	130
Wunsiedel »niemals zur Ruhe kommen lassen!« – Die Rolle Jürgen Riegers bei den Wunsiedler Heß-Märschen ANDREA RÖPKE	145
Die Rolle Wunsiedels bei der Entwicklung des bundesweiten »Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt« (BfDT) GREGOR ROSENTHAL	154
Bürger schreiben Parlamentsgeschichte: Der Besuch der Wunsiedler Delegation im Bundestagsinnenausschuss – und seine Folgen für die Gesetzgebung CORNELIE SONNTAG-WOLGAST	164
»Wem die Straße gehört«: Wunsiedel als symbolischer Ort der Demonstrationspolitik der extremen Rechten FABIAN VIRCHOW	171

III. Teil	
Vorher – Nachher: Was sich verändert hat und was zu tun bleibt	187
Rechtsextremismus – eine Herausforderung nicht nur für kirchliches Handeln MARTIN BECHER	188
Das »Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen« und der »Wunsiedler Weg« JOHANNES FRIEDRICH	204
Unterstützung, Förderung und Beratung lokaler Bürgerinitiativen SIMONE RICHTER	211
Die Opfer in den Mittelpunkt stellen: Gedenken an die Todesmärsche durch Wunsiedel KARL ROST	224
Die Arbeit der Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus ARNO SPEISER UND JANINA ACHTERT	234
Wie die Schulen in Wunsiedel »Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage« wurden BARBARA TWISSELMANN	244
»Im Fichtelgebirge beißen die Nazis auf Granit« – Ermutigende Erfahrungen Evangelischer Erwachsenenbildung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus JOACHIM TWISSELMANN	251
Die Autorinnen und Autoren	261
Bildnachweis	265
Anhang: Ergänzung Paragraph 130 (4) StGB und Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2009	266

Vorwort

Heribert Prantl

Leiter des Ressorts Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung

Wie bekämpft man Rechtsextremismus? Es gibt, auch bei aufrechten Demokraten, einen merkwürdigen Glauben daran, dass es genügt, die richtige Gesinnung zu haben. Aber: Moral allein genügt noch nicht. Es genügt auch nicht ein neuer Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht. Was braucht man wirklich, um Rechtsextremismus zu bekämpfen? Man braucht Leute, die sich was trauen, die in mühseliger Alltagsarbeit in die Schulen gehen, in die Jugendzentren, in die Behörden und zur Polizei. Man braucht Leute, man braucht Projekte – man braucht Initiativen wie »Wunsiedel ist bunt«. Man braucht Leute, die Workshops, Demonstrationen, Konzerte, Aufklärungskampagnen machen, man braucht Leute, die einer braunen Alltagskultur ebenso offensiv entgegentreten wie den Neonazi-Aufmärschen.

Dabei dürfte es diesen Leuten manchmal fast im Wortsinn so ergehen, wie es in einem berühmten Film- und Buchtitel steht: Allein gegen die Mafia. In dieser Situation zu bestehen ist ein Akt hoher Zivilcourage.

Vor fünfzehn Jahren bin ich mit Leoluca Orlando, dem damaligen Bürgermeister von Palermo und Gründer der Anti-Mafia-Partei La Rete, durch Sizilien gefahren. Die Zeitungen nannten und nennen den Mann den »Mafia-Jäger«. Leoluca Orlando ging mit mir, es war im Herbst 1996, durch das berühmte Mafia-Nest Corleone, seinen Geburts- und Heimatort. Soeben hatte in Florenz der große Prozess gegen die Mafia, gegen die Corleonesi, begonnen. Wir hatten in Imbraica, im Innenhof seines Bauernhofs zu Abend gegessen, bewacht von bewaffneter Polizei, dann zeigte er in den nachtblauen Himmel, hinauf zum Franziskaner-Kloster, das wie eine Bastion auf dem höchsten Felsvorsprung von Corleone, dem Ort der Paten, sitzt. Er wollte mit mir Frau Paolo und die anderen Patres besuchen.

Die Leibwächter wurden nervös, sicherten den Weg. Leoluca Orlando ließ die gepanzerten Wagen stehen, lief zu Fuß den Berg hoch, durch die steilen Gassen von Corleone, als wolle er mit mir ein Fitness-Programm absolvieren. Auf dem Weg schaute er hier in eine Kneipe, dort in einen Barbier-Salon, er suchte geradezu manisch den Kontakt mit den Leuten.

Man müsse, sagte er, zeigen, dass man sich nicht fürchtet vor »denen«, dass man keine Angst hat, dass man nicht den öffentlichen Raum »denen« überlässt. Nicht »denen« – das waren damals die, die ein paar Jahre vorher Orlandos Freunde, den Staatsanwalt Falcone und den Richter Borsellino, ermordet hatten.

Den öffentlichen Raum nicht »denen« überlassen: in Ostdeutschland sind es rechte Kameradschaften, die den öffentlichen Raum besetzen. In ganzen Städten und Städtchen ist der Rechtsextremismus zur dominanten Jugendkultur geworden. Die NPD sitzt im Landtag und in den Kreis- und Gemeindeparlamenten, und die rechtsextremen Cliques sitzen in den Kneipen und an den Tankstellen, bei Sportveranstaltungen und Stadtfesten. Wenn Neonazis immer wieder »ausländerfreie« oder »national befreite« Zonen proklamieren, dann sagt das sehr genau, worum es gehen muss: Um die Verteidigung oder die Rückeroberung des öffentlichen Raums für die Werte der Demokratie und der Toleranz. Das gilt nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Die besonderen Probleme in Ostdeutschland verleiten im Westen bisweilen dazu, sich sehr pharisäerhaft zu gerieren – als ob Zivilcourage und Verantwortungsgefühl nicht auch im Westen Mangelware wären.

Verwahrlosung des öffentlichen Raums kann so viele Ursachen haben. In Sizilien heißt das, was das Gemeinwesen zerstört, Mafia. In Deutschland heißt es Neonazismus. Es heißt Antisemitismus. Es heißt Ausländerfeindlichkeit. Es heißt Desintegration. Es heißt Ausgrenzung, Jugendarbeitslosigkeit, Zerfall des sozialen Zusammenhalts. Es heißt Sprachlosigkeit zwischen Ausländern und Deutschen, zwischen Altbürgern und Neubürgern in diesem Land. Es heißt Rückzug der Ausländer in die eigene Ethnie. Es heißt Verantwortungsdiffusion. Mafia in Deutschland hat also andere Namen, eine andere, eine braune Geschichte, sie funktioniert anders – aber sie richtet vergleichbares Unheil an: Hier wie dort macht sie Gesellschaft und Kultur kaputt.

Neonazismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus: Das ist die Pest für eine freiheitliche Gesellschaft. Es ist, wenn es etwa gegen den Antisemitismus geht, nicht damit getan, Auschwitzlüge und Volksverhetzung unter Strafe zu stellen – obwohl die konsequente Anwendung dieses Strafrechts schon einiges bringen würde. Thomas Kuban zeigt in seinem Buch »Blut muss fließen«, dass in Hessen auf diese Weise der Sumpf der Rechtsrock-Konzerte trocken gelegt wurde; weil die Polizei Hitlergruß und volksverhetzende Texte zum Anlass nahm einzuschreiten und die Konzerte aufzulösen. Im Übrigen ist falsch, dass die Polizei Naziparolen an Wänden regelmäßig nur als Sachbeschädigung aufnimmt, nicht als Volksverhetzung.

Es genügt auch nicht, wenn es gegen den Antisemitismus geht, die Synagogen zu bewachen, ein paar als verrückt apostrophierte Neonazis aus dem Verkehr zu ziehen und den Zentralrat der Juden zu beruhigen. Der Antisemitismus ist nämlich nicht nur ein Angriff auf eine Minderheit in Deutschland, auf eine, der man aus historischen Gründen besonders verpflichtet ist. Er ist ein Angriff, der die Gesellschaft insgesamt bedroht. Der Antisemitismus ist kein Minderheitenthema, kein Thema, bei dem es nur um das Verhältnis zu den Juden in Deutschland geht; er ist ein zentrales Thema der deutschen Gesellschaft.

»Vor dem Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher«, hat Hannah Arendt einmal voller ironischem Pessimismus gesagt. Das gilt für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit genauso. Vor Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ist man nur noch auf dem Monde sicher. Umso wichtiger sind die Versuche, den Mond auf die Erde zu holen. »Wunsiedel ist bunt« versucht das mit Erfolg. Initiativen wie »Wunsiedel ist bunt« sind der wahre Verfassungsschutz, nicht die Behörde mit diesem Namen.

Die Aufdeckung der zehn Neonazi-Morde ist nun schon wieder geraume Zeit her. In München verhandelt das Gericht. Aber Politik und Sicherheitsbehörden sind erstaunlich schnell wieder zum Alltag übergegangen. Das Entsetzen über die Verbrechen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) hat sich gelegt. Die Aufregung ist abgeflaut, der Ruf nach Konsequenzen nur noch leise. Der Bundesinnenminister hat ein paar Spitzenbeamte ausgewechselt, das war es dann. Manchmal hört man makabre Nachrichten aus den Untersuchungsausschüssen über das unsägliche Versagen der Sicherheitsbehörden; deren Vertreter reden das dann schön. Manchmal gibt es kleine öffentliche Aufwallungen, wenn bekannt wird, dass einschlägige Akten vom Verfassungsschutz vernichtet wurden. Und manchmal erinnert man sich dann an die Erregung, die das ganze Gemeinwesen zur Zeit der RAF-Morde erfasste, und man wundert sich über die allgemeine Gelassenheit von heute.

Der alltägliche gewalttätige Rassismus in Deutschland ist in den vergangenen Monaten kein großes Thema geworden. Die Bürger, die sich Neonazis entgegenstellen, erhalten nach wie vor wenig Hilfe. Wenn Neonazis couragierten Leuten zur Einschüchterung das Auto demolieren, wird das von der Polizei wie eine ganz normale Sachbeschädigung behandelt. Die Morde des NSU haben keine neue Sensibilität der Behörden ausgelöst. Es gibt keine Anweisungen, gegen braune Gewalt mit aller Energie vorzugehen. Es gibt keine neuen Prioritäten in der Politik der inneren Sicherheit. Es gibt keine Indizien für neue Verve, neue Tatkraft, neue Courage im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Man tut so, als seien die NSU-

Morde das eine – und die alltäglichen Gewalttätigkeiten gegen Ausländer etwas ganz anderes.

Seit der Aufdeckung der zehn Neonazi-Morde und seit den Erkenntnissen über das braune verbrecherische Netzwerk – seitdem ist vielen klar geworden, was »Wunsiedel ist bunt« schon lange wusste: dass nämlich ein berühmter Satz von Berthold Brecht nicht nur Bedeutung hat für den Deutschunterricht an Gymnasien. Seit fünfzig Jahren kennen die Deutschen diesen Satz: »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch«. Er steht im Epilog des Theaterstücks »Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui«, das die Hitlerei und den Nazismus in die Welt des Gangstertums transferiert. Es ist dies, so hat sich grausam gezeigt, ein Satz von gesellschaftspolitischer und kriminalistischer Wahrheit.

Der Weg Deutschlands zum Grundgesetz führte durch Abgründe. Am Wegrand stehen Gestapo, Volksgerichtshof, Bergen-Belsen und Lidice. Am Wegrand stehen Zwangsarbeiter, Herrenmenschen und die Opfer des von Hitler provozierten Bombenkrieges. Am Wegrand stehen die 1,2 Millionen Ermordeten von Auschwitz. Am Wegrand steht die Weiße Rose. Am Wegrand lesen wir das letzte Wort des Angeklagten Bogner aus dem Auschwitz-Prozess: »Ich habe nicht totgeschlagen, ich habe Befehle ausgeführt.« Das Grundgesetz beginnt deshalb mit dem Gedenken an Auschwitz, Dachau und Treblinka. Die Erinnerung daran steht als Mahnung in Artikel 1: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Der Staat findet seine Rechtfertigung darin, dass er diese Würde achtet und schützt. Die Freiheits-Grundrechte des Grundgesetzes sind die rechtliche Antwort auf die Erniedrigung und Auslöschung der Individuen durch ein System planmäßiger Willkür. Diese Grundrechte bewahren die Erinnerung an ihre systematische Beseitigung im sogenannten Dritten Reich.

Diese Genese gilt es zu beachten, wenn darüber gestritten wird, wie mit den Neonazis in Deutschland umgegangen werden soll. Das heißt erst einmal: Neonazis genießen Grundrechte wie jeder andere auch, aber diese Grundrechte dürfen nicht missbraucht werden, um das Gedenken zu verhöhnern, das sie verkörpern. Das spielt für die Abfassung der Ausführungsgesetze eine Rolle. Und das ist der Grund dafür, warum die Änderung des Strafrechts im Jahr 2005 sinnvoll war: Eine Demonstration darf seitdem verboten werden, wenn zu erwarten ist, dass dort die NS-Gewalt- und Willkürherrschaft verherrlicht und verharmlost wird – oder wenn ein solcher Neonazi-Aufzug an einem Gedenkort veranstaltet werden soll.

Das war insoweit keine Verschärfung des Rechts, das war seine Präzisierung. Einer Zick-Zack-Rechtsprechung, wie man sie vor jedem Rudolf-Heß-Geburtstag und vielen anderen Neonazi-Aufmärschen erlebte, wurde

wieder klarer Halt gegeben. Diese Präzisierung, die von der Initiative »Wunsiedel ist bunt« gefordert worden war, ändert nichts am Grundsatz, dass auch Neonazis Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit genießen. Diese Präzisierung schützt und bewahrt allerdings die in den Grundrechten verkörperte Erinnerung an ein Menschheitsverbrechen.

Die Meinungsfreiheit umfasst das Recht, auch fürchterlichen Unfug zu sagen. Die Demonstrationsfreiheit umfasst das Recht, auch die eigene Borniertheit zu demonstrieren. Grundrechte müssen sich dort bewähren, wo es dem Staat und der Mehrheit der Gesellschaft nicht passt. Die bloße Lästigkeit einer Demonstration darf also kein Grund sein, sie zu verbieten. Wenn Demokraten dann wegen solcher Liberalität von Extremisten verlacht werden, müssen sie das aushalten. Die Beleidigung der Opfer des Holocausts gehört aber nicht in die Kategorie von Lästigkeit. Sie verwüstet die *Raison d'être*, den Grund des Seins, dieser Grundrechte. Deswegen gibt es im Strafgesetzbuch den Tatbestand der strafbaren Auschwitzlüge. Und deswegen dürfen vor dem Holocaust-Mahnmal nicht die Opfer des Genozids beleidigt werden. Letzteres ist nicht Gedankenpolizei, sondern ein gerechtfertigtes Verbot.

Demokratie ist und bleibt eine anstrengende Staatsform. Deswegen ist es ungut, immer dann, wenn einem sonst nichts mehr einfällt, nach dem Parteiverbot zu rufen. Es ist nicht die Fliegenklatsche der Demokratie. Es ist dann notwendig, wenn eine Partei militanten Hass predigt, weil dann der Schutz der Schwachen, die von diesem Hass verfolgt werden, dieses Verbot gebietet. Für die Auseinandersetzung mit Neonazis gibt es nicht, wie beim Fernsehen, eine Fernbedienung, mit der man das Programm aus- oder umschaltet. Es gibt nur die mühselige Auseinandersetzung. Die aber ist kein Saisongeschäft, das man schnell einmal betreibt, wenn gerade irgendwo Rechtsextreme in den Landtag eingezogen sind und dort widerlichen Klamauk machen. Arbeit gegen Neonazis ist ein zähes Geschäft. Die Initiative »Wunsiedel ist bunt« weiß das gut. Wunsiedel hat den langen Atem, den man braucht.

Einführung

Julia Hasse, Gregor Rosenthal und Joachim Twisselmann

Initiativen mit dem Titel »Bunt statt braun« gibt es unter anderem in Rostock und Düren, ebenso wie »München ist bunt«, »Weiden ist bunt«, »Stuttgart ist bunt«. In den vergangenen Jahren haben sich zahlreiche Bürgerinitiativen gegen Rechtsextremismus gegründet, die ähnliche Namen tragen wie die 2005 gegründete Wunsiedler Bürgerinitiative, und auch die Strategie des aktiven Handelns gegen Rechtsextremismus ist inzwischen zum Glück an vielen Orten selbstverständlich geworden. Wenn Rechtsextreme nach dem Verbot der Heß-Aufmärsche in Wunsiedel ab 2005 versuchten, für ihre Aktivitäten einen anderen symbolischen Ort in einer ländlichen Region zu finden, stießen sie – wie in Gräfenberg oder in Bad Nenndorf – relativ schnell auf breiten und entschiedenen Widerstand. Das ist natürlich vor allem ein Verdienst der Bürgerinnen und Bürger in den genannten Orten. Hilfreich waren hier aber sicherlich auch die Erfahrungen, die mit dem Protest gegen die Neonazi-Aufmärsche in Wunsiedel gemacht wurden. Was können wir aus den Ereignissen lernen, die sich von 1987 bis heute in der 10 000-Einwohner-Stadt im bayerischen Fichtelgebirge zugetragen haben? In diesem Sammelband wollen wir versuchen, diese Frage mit Hilfe von Textbeiträgen der damals und heute Aktiven und Beobachtenden in und außerhalb von Wunsiedel zu beantworten.

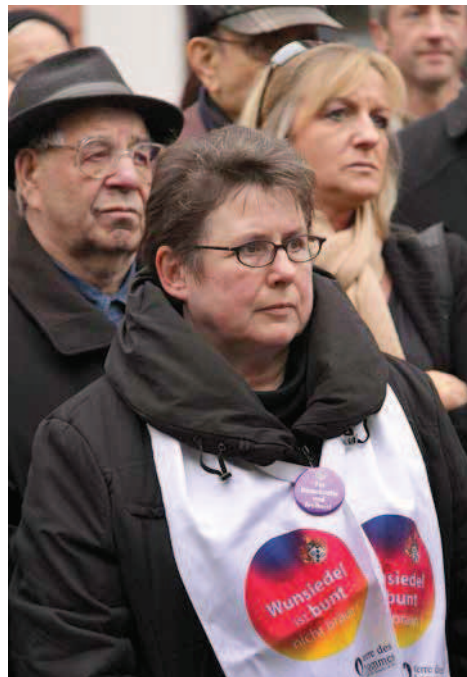
Man kann sich heute nur noch schwer vorstellen, was Anfang der 2000er-Jahre in Wunsiedel geschah: Heftige Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremen, Gegendemonstrierenden und Polizei, bis zu 4 500 Rechtsextreme aus ganz Europa, Medien aus dem gesamten Bundesgebiet und teilweise auch darüber hinaus, zunächst ratlose Bürgerinnen und Bürger und eine Stadt, die nach dem richtigen Weg sucht, mit der eskalierenden Situation umzugehen.

Die Ereignisse um das Grab von Rudolf Heß zeigen, wie eine zunächst als harmlos eingeschätzte Situation außer Kontrolle geraten kann und warum frühzeitiges, konsequentes Eintreten gegen Rechtsextremismus so wichtig ist. Sie sind auch ein Beispiel dafür, wie eine Mobilisierung vor Ort und entschlossenes und gemeinsames Handeln zum Erfolg führen und

dabei viel in einer Stadt und bei ihren Bürgerinnen und Bürgern zum Positiven verändern kann.

In Wunsiedel hatten sich erstmals seit langer Zeit mehrere tausend Rechtsextreme regelmäßig in Deutschland versammelt. Von besonderer und auch bundesweiter Bedeutung sind die Ereignisse in der Stadt, auch weil hier exemplarisch sichtbar wird, was eine Gegenmobilisierung der Bevölkerung vor Ort angesichts einer solchen Vereinnahmung vorangetrieben hat und was sie erfolgreich machte, nämlich:

- Einigkeit über unterschiedliche Parteien und gesellschaftliche Gruppen hinweg,
- jemanden, der die Initiative ergreift und den Prozess vorantreibt – in diesem Fall waren das zu großen Teilen die damalige Diakonin Andrea Heußner und die von ihr initiierte Jugendinitiative,
- eine Stadtspitze, die sich mindestens hinter die Aktivitäten stellt bzw. im besten Fall sogar an ihre Spitze und
- kreative Ideen, wie man präventiv und situativ gegen rechtsextreme Aktionen mobil machen und dafür Öffentlichkeit schaffen kann.



Der von der Stadt Wunsiedel eingeschlagene Weg sieht rückblickend sehr viel einfacher und folgerichtiger aus, als er für die handelnden Akteurinnen und Akteure damals war. Die einzelnen Beiträge dieses Bandes machen den internen Diskussionsprozess und die inneren Konflikte sichtbar, die jede Stadt, die rechtsextremistischen Aktivitäten etwas entgegenzusetzen möchte, auf die eine oder andere Art und Weise aushalten und austragen muss. Deshalb haben wir in diesem Sammelband Textbeiträge aus ganz unterschiedlichen Perspektiven zusammengetragen – mit dem Ziel, dass diese wie Mosaiksteine ein Gesamtbild ergeben.

Wir freuen uns sehr, so viele engagierte Persönlichkeiten als Autorinnen und Autoren gewonnen zu haben: Zu Wort kommt natürlich der Wunsiedler Bürgermeister Karl-Willi Beck, der für eine konsequente Umsetzung der Strategie »Hinschauen statt Wegschauen« steht. In einem Interview schildert sein ehemaliger Stellvertreter Matthias Popp sehr eindringlich, wie sich die Stimmung in der Stadt veränderte und wie Stadtspitze und Polizei über das richtige Vorgehen diskutierten. Die damalige Diakonin Andrea Heußner erzählt von der Gründung und Entwicklung der Jugendinitiative. Gemeindepfarrer Jürgen Schödel beschreibt, wie weit die Verantwortung einer Kirchengemeinde gehen kann und muss. Oliver Jauernig erinnert daran, dass Rechtsextreme nicht nur von außen in die Region kamen, sondern dass es auch vor Ort Netzwerke und Treffpunkte gab. Alexander Hoffmann und Maik Zimmermann stellen die Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen!« vor. Jan Heiermann, Redakteur des »Zündfunk« im Bayerischen Rundfunk, betrachtet die Geschehnisse aus der Perspektive der Medien. Schließlich berichtet der frühere Landrat Peter Seißer, wie das Grab entstand und wie es zu ersten Demonstrationen und schließlich zu den Auseinandersetzungen im Jahr 1990 kam, nach denen die Demonstrationen bis 2001 zwar fast jedes Jahr wieder angemeldet wurden, aber bis 2001 nicht mehr stattfinden durften. Das Landratsamt stand als Versammlungsbehörde die ganzen Jahre über in der Verantwortung, sich immer wieder mit der Situation auseinanderzusetzen und ebenso rechtmäßig wie verantwortlich zu handeln. Er berichtet auch, wie er sich gemeinsam mit einer Gruppe Wunsiedler Bürgerinnen und Bürger auf den Weg nach Berlin machte, um eine Gesetzesänderung zu erreichen, die ein Verbot der Aufmärsche ermöglichen würde. Und schließlich, wie das Heß-Grab 2011 aufgelöst wurde.

Aus bundesweiter Perspektive beschreibt Michael Kohlstruck, was die Ereignisse in Wunsiedel und die Person Rudolf Heß für die rechtsextremistische Szene bedeuteten. Andrea Röpke analysiert die Rolle des bekannten Rechtsextremisten Jürgen Rieger. Gregor Rosenthal reflektiert die Aufgaben des bundesweiten »Bündnisses für Demokratie und Toleranz –

gegen Extremismus und Gewalt« und zieht Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit. Gabriele Sonntag-Wolgast erinnert sich an die Diskussion im Innenausschuss des Deutschen Bundestages, die dann zu einer Gesetzesänderung und der Möglichkeit des Verbotes der Wunsiedler Aufmärsche führte. Fabian Virchow beschließt die Betrachtungen aus dem bundesweiten Blickwinkel mit einem Text über die »Demonstrationspolitik« der extremen Rechten im Kontext des »Gedenkens« an Rudolf Heß.

Was bedeuten die Ereignisse in Wunsiedel für die Zukunft? Martin Becher analysiert dazu die Anforderungen, die das Engagement gegen Rechtsextremismus an die Evangelische Kirche und Politik und Gesellschaft stellt. Der ehemalige Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern Johannes Friedrich erläutert, warum die Arbeit gegen Rechtsextremismus ein wichtiges Anliegen der evangelischen Kirche ist. Simone Richter schildert den Aufbau der Projektstelle gegen Rechtsextremismus und die Vernetzung mit Bürgerinitiativen in der Region. Karl Rost beschreibt die Erinnerungsarbeit in Wunsiedel anhand der Gräber von Opfern der Todesmärsche. Arno Speiser und Janina Achtert berichten über die Entwicklung der Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus und stellen ihr Zeitzeugenprojekt vor. Die Lehrerin Barbara Twisselmann gibt Einblick in die Hintergründe der Initiative »Schule ohne Rassismus« an allen Wunsiedler Schulen. Am Schluss reflektiert Joachim Twisselmann die Erfahrungen in der politischen Bildung angesichts der rechtsextremistischen Herausforderung.

Ganz besonders freuen wir uns über das Vorwort von Heribert Prantl, der die Ereignisse in Wunsiedel über viele Jahre hinweg journalistisch beobachtet und begleitet hat.

Wenn hier vom »Wunsiedler Weg« die Rede ist, heißt das nicht gleichzeitig, dass jede Kommune genau so handeln muss, wie die Stadt Wunsiedel es getan hat. Eher im Gegenteil: Die Geschichte der Ereignisse in Wunsiedel zeigt gerade, dass es in besonderen Situationen kein standardisiertes Vorgehen gibt. Es mussten neue Wege gesucht und altbewährte Strategien über Bord geworfen werden. Manchmal musste man auch ein Stück gegen den Strom schwimmen, um ans Ziel zu kommen. Dieser Sammelband soll daher – ohne ein Patentrezept bieten zu können – anderen Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern Mut machen, sich aktiv gegen Rechtsextremismus einzusetzen und beherzt für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde einzutreten.

Es gibt eine Lehre, die man definitiv aus den Ereignissen in Wunsiedel ziehen kann: In einer Demokratie reicht es nicht aus, einfach nur die Gesetze zu befolgen. Eine demokratische Gesellschaft müssen die Bürgerinnen und Bürger selbst mit Leben füllen und aktiv mitgestalten.